

Deutsche Bank: 700 Troubleshooter im Streik

Vom Streik der Tochtergesellschaft PCC Services ist ein sensibler Bereich bei der Deutschen Bank betroffen. Die PCC'ler beheben Problemfälle im Zahlungsverkehr. Heute dürfte die Störungsbehebung ins Stocken geraten: "Die Hälfte der Mitarbeiter hat uns ihre Teilnahme am stillen Streik gemeldet", sagte ein DBV-Gewerkschafter gegenüber FinanzBusiness.



Empört über das Lohnniveau: Stephan Szukalski | Foto: DBV
von [CHRISTIAN BUCHHOLZ](#)

"Die Mitarbeiter der PCC Services GmbH haben zum Beispiel in den vergangenen Jahren bei der Migration der Postbank-IT auf das Deutsche-Bank-System Herkules-Aufgaben gelöst und dafür Dumpinglöhne erhalten. Das kann so nicht bleiben", sagt Oliver Popp, Sprecher des Verbands Deutscher Bankangestellter (DBV, 20.000 Mitglieder, 1894 gegründet).

"Fälle lösen, die das IT-System nicht schafft"

Die Arbeitgeberseite habe mit ihrem jüngsten Angebot von Einmalzahlungen an jeden PCC'ler über 1000 Euro und einem Lohnplus von drei Prozent inakzeptable Vorschläge gemacht, sagt Popp. Die Mitarbeiter des zwischen 2006 und 2008 ausgegliederten Services würden "als Troubleshooter, etwa bei komplizierten Zahlungsaufträgen oder Kreditfreigaben, die Fälle lösen, die das IT-System allein nicht schafft", erläutert Popp gegenüber FinanzBusiness. Im Backoffice bearbeiten die Kollegen Freistellungsaufträge, Nachlässe, Kontopfändungen, Kundenreklamationen und Nachforschungen.

Neben den 1400 Mitarbeitern, die von der Deutschen Bank zu PCC Services wechselten, sind weitere 2000 Kollegen von der Postbank unter demselben Dach tätig. Diese beteiligen sich nicht an dem Streik, weil ihre Vertragskonditionen nach einem anderen Haustarif "etwas höher dotiert" seien, sagt Popp.

„Aldi und Lidl zahlen 14 Euro pro Stunde als Untergrenze, die Deutsche Bank AG glaubt dagegen, dass sie mit 12,08 Euro ein guter Arbeitgeber sei“, sagt der DBV-Bundesvorsitzende Stephan Szukalski.

Gestreikt wird in Berlin, Essen und Hamburg. Einige der streikenden PCC-Mitarbeiter legen ihre Arbeit nieder, indem sie sich im Home-Office heute nicht im Bank-System anmelden, andere erscheinen nicht im Büro. "Wir haben für heute aber keine Protestaktionen wie Demonstrationen oder Kundgebungen vorbereitet", erklärt Popp.